

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Die Haushaltsgewalt im Spiegel des Verfassungstextes und der Begriff der Staatsleitung	15
I. Die Haushaltsverfassung zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit	15
II. Der Begriff der Staatsleitung	20
1. Teil: Grundlagen	
1. Kapitel: Geschichtliche Grundlagen des Budgetrechts	31
I. Die Entstehung des Budgets und die ständische Steuerbewilligung	
A. Die Entstehung des Budgets als Form der Ausgabensteuerung	33
B. Das ständische Steuerbewilligungsrecht	38
II. Das Budgetrecht des Konstitutionalismus	52
A. Das Budgetrecht im Spiegel der Verfassungsnormen	54
B. Das Budgetrecht der Paulskirchenverfassung	65
C. Die Entwicklung des Budgetrechts in der Staatspraxis	68
D. Das Budgetrecht des Kaiserreichs	76
E. Der Beitrag der Staatsrechtslehre	79
F. Ausblick	82
2. Kapitel: Parlamentarisches Regierungssystem und Gewaltenteilung – Verfassungstheoretische und verfassungsdogmatische Grundlagen der Kooperation zwischen Parlament und Regierung unter dem Grundgesetz –	85
I. Gewaltenteilungskonzeptionen	86
A. Klassische Gewaltenteilungslehre	86
B. Reine Funktionenlehre	91
C. Umfassende Gewaltenteilung	93

D. Funktionsgerechtigkeit als normatives Prinzip der Gewaltenteilung	95
1. Funktionen der Gewaltenteilung	99
2. Die Organstruktur als Gesichtspunkt der Gewaltenteilung	100
II. Die Organstruktur von Parlament und Regierung im parlamentarischen Regierungssystem des Grundgesetzes	103
A. Die Doppelrolle der Regierung als staatsleitendes Entscheidungszentrum und als Spitze der Bürokratie	104
B. Das Parlament als pluralistischer Widerpart der Regierung ...	109
3. Kapitel: Die Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts als Staatsaufgabe: Eine materielle Vorgabe mit geringer Determinationskraft	118
I. Der Begriff des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	121
II. Staatliche Nachfragesteuerung – Notwendigkeit, Möglichkeiten, Grenzen –	124
III. Staatliche Einflußnahme auf das volkswirtschaftliche Produktionspotential – Notwendigkeit, Möglichkeiten, Grenzen –	132
IV. Rechtliche Bindungswirkung des Art. 109 _{II} GG für die Haushaltswirtschaft	142
2. Teil: Die drei Entscheidungsarten der Haushaltsgewalt	
4. Kapitel: Die allgemeine Gesetzgebung als Element der Haushaltsgewalt	151
I. Bindungswirkungen der allgemeinen Gesetzgebung für die Ausgabenbewilligungen	151
A. Der Gesetzesbegriff des Grundgesetzes	151
B. Der Haushaltsplan als Gesetz.	160
C. Vorrangwirkungen der allgemeinen Gesetzgebung	165
1. Bindung des Haushaltsgesetzgebers an die Grundsatzgesetzgebung nach Art. 109 _{III} GG	165
2. Bindung des Haushaltsplans an die allgemeine Gesetzgebung	167
a. Außenrecht	167
b. Innenrecht	170
3. Bindungswirkungen der BHO	174

D. Der Umfang der finanziellen Bindungen der Haushaltswirtschaft durch die allgemeine Gesetzgebung	176
II. Die Stellung der Regierung bei einnahme- und ausgabewirksamen Gesetzen	178
A. Das Gesetzesinitiativrecht der Regierung und die Berichtspflicht gemäß § 10 BHO	178
B. Das Einspruchsrecht der Regierung gemäß Art. 113 GG	182
III. Die Berücksichtigung haushaltswirtschaftlicher Aspekte im allgemeinen parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren	192
A. Das Plenum	192
B. Der haushaltswirtschaftliche Aspekt in den Fachausschüssen	194
C. Die Beteiligung des Haushaltsausschusses	196
D. Die Koordination durch die Fraktionen	209
IV. Die Haushaltsbegleitgesetze	212
V. Grenzen parlamentarischer Haushaltskontrolle bei der Gesetzgebung in Bereichen vertikaler Verflechtung	218
A. Internationale Verträge	221
B. EG-Finanzierung	223
C. Gesetzgebung im Umfeld des Föderalismus	227
5. Kapitel: Die mittelfristige Finanzplanung als Element der Haushaltsgewalt	232
I. Rechtliche Grundlagen	232
II. Inhalt und Funktionen der Finanzplanung	233
III. Die Praxis der Finanzplanung	239
IV. Verfassungsrechtliche Zuordnung der Finanzplanung im Verhältnis zwischen Parlament und Regierung	250
6. Kapitel: Die Haushaltsgesetzgebung als Element der Haushaltsgewalt: Inhalt und Funktionen im modernen Leistungsstaat ...	259
I. Inhalt	259
A. Der Haushaltsplan	260
B. Haushaltsgesetz und Bepackungsverbot	265
II. Funktionen	269
A. Koordinationsfunktion	270
B. Staatslenkungsfunktion	276
C. Außensteuerungsfunktion	279
D. Legitimationsfunktion	280

E. Informationsfunktion	282
F. Kontrollfunktion	286
3. Teil: Der Budgetkreislauf	
7. Kapitel: Die Haushaltsinitiative der Regierung	291
I. Das Aufstellungsverfahren in der Exekutive	291
II. Initiativrecht und Initiativpflicht der Regierung	302
III. Das Problem der Geltung des Art. 113 GG für die Haushaltsgesetzgebung	306
IV. Die vorläufige Haushaltsführung gemäß Art. 111 GG	309
V. Die haushaltsrechtlichen Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten der Minderheitsregierung im Etatkonflikt	314
8. Kapitel: Die parlamentarische Entscheidung über die Haushaltsgesetzgebung	321
I. Bindungen des Bundestages bei der Haushaltsgesetzgebung	321
A. Die Pflicht zur Haushaltsgesetzgebung und das Recht der Etatverweigerung	321
B. Die parlamentarischen Ausgabenspielräume und ihre inhaltlichen Grenzen	324
1. Rechtliche Bindungen	324
2. Faktische Bindungen	328
3. Der Umfang der freien Ausgaben	328
II. Das parlamentarische Entscheidungsverfahren im Spiegel der Geschäftsordnung	331
III. Haushaltsgesetz und Haushaltsplan in den Beratungen des Haushaltsausschusses	335
A. Das Beratungsverfahren des Haushaltsausschusses in der Praxis	335
B. Der Einfluß des Haushaltsausschusses auf die Haushaltsgesetzgebung	342
C. Spezielle Bewilligungsformen der Haushaltsgesetzgebung	349
1. Qualifizierte Sperrvermerke	349
2. Zustimmungsvorbehalte	365
3. Nicht-gesetzliche Einflußnahmen des Haushaltsausschusses	372

4. Die Kontrolle der Geheimdienste	375
D. Beschränkungen der Einflußmöglichkeiten des Haushaltsaus-	
schusses	377
1. Beschränkungen im Bereich der Außenpolitik und der	
EG-Finzen	377
2. Beschränkungen im Bund/Länder-Verhältnis	378
3. Nebenhaushalte	381
4. Tarifverträge der öffentlichen Hand	386
IV. Die Beteiligung der Fachausschüsse	387
V. Die Rolle der Fraktionen	389
VI. Die Rolle des Plenums	391
VII. Die Bedeutung der parlamentarischen Entscheidung im Budget-	
kreislauf	394
9. Kapitel: Die Beteiligung des Bundesrates an der Haushaltsgesetzge-	
bung	401
10. Kapitel: Die Lenkungswirkungen der Haushaltsgesetzgebung	406
I. Die Rechtswirkungen der Ausgabenbewilligungen	407
A. Innenwirkung	407
1. Ermächtigungswirkung	407
2. Verpflichtungswirkung	409
B. Rechtswirkungen im Außenverhältnis – Haushaltsplan und	
Subventionen	416
II. Die Ausgabenspielräume der Exekutive	427
A. Der Steuerungsumfang der Haushaltsgesetzgebung	427
B. Die Steuerungsdichte und Steuerungsintensität der Haus-	
haltsgesetzgebung	434
C. Programmatische Steuerung und programmbezogene Ausga-	
benbewilligung als Alternative	442
D. Zustimmungsvorbehalte und Einwirkungsmöglichkeiten des	
Bundesfinanzministers	450
E. Ausgabenspielräume und parlamentarische Beteiligung	457
1. Sperrvermerke und Zustimmungsvorbehalte	457
2. Nicht-gesetzliche Bindungen und ihre Kontrolle	460
3. Informations- und Konsultationspflichten der Exeku-	
tive	461
4. Aktive informelle Kontrollen des Parlaments	466
III. Durchbrechungen der Lenkungswirkung	470

A. Das Notbewilligungsrecht gemäß Art. 112 GG	470
B. Die Instrumente des Stabilitätsgesetzes	481
11. Kapitel: Die Haushaltsgesetzgebung als Grundlage der Finanzkontrolle	488
I. Die Rechenschaftspflicht der Regierung	488
II. Die Entlastung der Regierung	493
III. Parlamentarische Finanzkontrolle	499
IV. Die Bedeutung der Rechnungs- und Wirtschaftlichkeits-Prüfung des Bundesrechnungshofes für die Staatsleitung	503
Schluß: Der Staatshaushalt als Gegenstand der gemeinsamen Staatsleitung von Regierung und Parlament	517
I. Das funktionale Zusammenspiel der Entscheidungsarten der Haushaltsgewalt	518
II. Der Budgetkreislauf als kooperativer Prozeß	521
Auswahlbibliographie	529
I. Abgekürzt zitierte Literatur	529
II. Allgemeine Literatur	530
Sachregister	537